

schickte; dagegen ist man aber energisch worden, man hat die Steigbügelhalter des „Republikaners“.

Das ist eine Phrase, die man nicht energisch genug betonen kann. Im Reichszentrum sind wahrhaftig andere Leute vertreten als lediglich Befehlshaber. Wir haben uns auch in der Reichsregierung bemüht, unsere Grundzüge zur Durchführung zu bringen. Ich möchte bezweifeln, ob der größte Teil der Leute, die in den vergangenen vier Monaten verabschiedet sind, wesentlich anders ausgefallen hätten unter einer Regierung, an der die Sozialdemokraten beteiligt gewesen wären.

Gegen eins muß ich mich noch wehren. Es droht bei uns im deutschen Vaterlande und in den republikanischen Kreisen Deutschlands, denen ich mich zurechnen darf, ein republikanischer Integritätsverlust.

aufzukommen, als wäre nur eine bestimmte Stelle im deutschen Vaterlande berufen, über die republikanische Gefinnung der Mitmenschen zu urteilen. Nicht jeder, der jeden Tag „Republik“, „Republik“ ruft, ist schon ein richtiger Republikaner. (Sehr richtig!) Man sieht der Republik auch dadurch, daß man ihr Tag für Tag eine feste Gestalt verleiht.

Wir im Reichszentrum und wir Zentrumsmitglieder in der Reichsregierung haben einen Anspruch darauf, auch als die Glieder des demokratischen, republikanischen Deutschlands angesehen zu werden. (Beifall.) Ich möchte nur wünschen, daß das Miteinanderarbeiten in Preußen und im Reich gute Früchte trägt, und daß es in Zukunft sich noch anders vollziehen möge, damit man sagen kann, daß das Zentrum im Reich und in Preußen nicht nur im Ziele, sondern auch im Wege durchaus einig ist. (Beifall, sehr lebhaft.)

Reichstagsabgeordnete Jood.

Er führte aus, daß das Ministerium des Abg. Dr. Jood ihm einen deutlichen Eindruck vermittelt habe von der eigenen Struktur des preussischen Landes, seiner Bevölkerung, seiner Probleme und seiner Bedürfnisse. Während die Zentrumsmitglieder im Reichstag um die Macht ringten, könnten sie von den preussischen Zentrumsmitgliedern in der Verwaltung der Macht lernen. Wenn sie sich jetzt fragen, so sehr Jood fort, es ist gut, daß das preussische Zentrum konsequent an seiner Position festgehalten hat, so sehr Jood, es ist gut, daß wir in der Tat vor allem unsere eigenen Wähler gegenüber in etwas laider Lage, wenn wir nicht in Preußen die andere Koalition hätten. Es gibt immerhin noch Leute, die uns misstrauen wegen der Koalition im Reich, besonders in den breiten Schichten der arbeitenden Massen. Ich nehme diese Dinge gar nicht leicht.

Rebner ging dann auf einen Artikel ein, den Dr. Jood im „Nachdruck verboten“ in der Samstagmorgenausgabe im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht hat. Man mag über ihn denken, wie man will, sagte Jood, aber es liegen darin Dinge, über die man diskutieren muß, wenn man tiefgehend auch verschiedene Meinungen darüber sein kann, ob das auf offenem Markte geschehen soll. Ich könnte mir vom Standpunkt des Zentrumsparteimannes vorstellen, daß es angenehm wäre, wenn wir es mit einer unvernünftigen Sozialdemokratie zu tun hätten. Vom Standpunkt des Nationalen aber und vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aber wäre das einfach katastrophal. Wir brauchen etwas anderes, als weiteres politisches Auseinandergehen. In Preußen wie im Reich muß die Koalition aus den besonderen Verhältnissen betrachtet und gewürdigt werden. Wenn das Zentrum in Preußen in Preußen und Reichspolitik im Reich machte, so wäre das freilich zu begrüßen, aber es macht

in Preußen wie im Reich Zentrumspolitik. Das erfordert aber einen großen Teil politischer Klugheit und auch Wahlfähigkeit. Die mögliche größte Fühlungnahme zwischen dem Zentrum im Reich wie in Preußen ist erforderlich. Darin muß mehr geschehen als bisher.

Der föderalistische Gedanke der Vor- und Nachkriegszeit eine andere Formulierung, als sie jetzt im demokratischen Volkstum notwendig ist. Das Verhältnis zur Republik und zur republikanischen Verfassung muß das Zentrum in der Zukunft bejahen, sonst würde ich meinen, daß es eine Verleumdung des Zentrums zur Republik ist. Ich halte es für das Problem des Zentrums zur Republik, die Förderung darüber muß von den verantwortlichen Männern in kleinerem Kreise erfolgen, und wenn das Zentrum im Reich und in Preußen keinen Erfolg zu finden will, dann wird das enttäuscht. Wir werden auch über diese Spannung hinwegkommen. (Beifall, sehr lebhaft.)

Delegierter Joseph Schmidt (Ruhr)
bezeichnete die von den heutigen beiden Reichstagen angeordnete Frage als von grundlegender Bedeutung für die Zukunft des Reiches und des Staates. Ein freies Spiel der Kräfte müsse sich entwickeln. Die Arbeiterfrage müsse mehr zur Verantwortung mit herangezogen werden, das trage zur Festigung des Staates bei. Auf der einen Seite würden heute Opfer vom Zentrum gefordert, dazu gehöre auch die Erbschaftsteuerfrage, die im Osten den Bestand sichern müsse. Die großen Ausgaben für die Reichswehr und die Reichsmarine verstände das Volk vielfach nicht, wenn auf der anderen Seite die Mittel für soziale und kulturelle Aufgaben gekürzt werden müßten.

Es trat eine Pause von 15 Minuten ein, nach der **Abg. Dr. Linneborn über die Kulturpolitik des Zentrums in Preußen** sprach.

Er führte ungefähr folgendes aus: Das Zentrum steht in der Kulturpolitik seiner alten Aufgabe als Verfassungspartei getreu, indem es den Bestimmungen der Reichsverfassung die Anerkennung auch bei der preussischen Verfassung zu sichern sucht. Wir danken es den alten Zentrumsvorläufern, insbesondere einem Gröber und Spahn und ihren jüngeren Mitkämpfern Mäusbach und Kaas, daß

die Kulturlandschaften auf völlige Trennung von Kirche und Staat nicht durchgeföhrt

worden sind. Wenn die Reichsverfassung auch kein einheitliches System des Verhältnisses von Kirche und Staat enthält, so birgt sie doch auch für die Kirche außerordentlich wertvolle Bestimmungen, vor allem ist ihr das Recht garantiert, ihre Angelegenheiten frei zu regeln und ihre Vertreter ohne Mitwirkung des Staates und der politischen Gemeinde zu wählen. Durch diese Bestimmungen ist nun zugleich die Notwendigkeit gegeben, daß der preussische Staat mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche in Verhandlungen eintritt, um die Befreiung der wichtigsten kirchlichen Stellen in Preußen zu regeln, nämlich der Bischöfe und der Domherrenstellen. Die preussische Regierung hat daran fest, daß die darüber 1921 mit dem Papstlichen Stuhle getroffenen Abmachungen noch zu Recht bestehen. Es muß also

durch ein neues Konkordat ein Ausgleich zwischen Reichsverfassung und preussischem Sonderrecht

herbeigeföhrt werden. Daran hat der Staat mehr Interesse als die Kirche, die sonst das gewöhnliche Kirchenrecht einfach zur Anwendung bringt. Ein anderer Umstand fordert nicht weniger die Neuordnung zwischen Reich und Staat. Daran hat wiederum seit Jahrzehnten die preussische Regierung hingearbeitet, so 1897, 1906 und in den letzten Jahren bei den Staatsverträgen in ununterbrochener Folge. Es handelt sich um

Jubel in Amerika.

Reisewort ein Tollhaus der Freude.

— New York, 22. Mai. Als am späten Nachmittag Lindberghs Landung in Paris der vor den Zeitungslesern wartenden unüberschaubaren Menge bekanntgegeben wurde, erlebte New York einen derartig spontanen Ausbruch der Begeisterung und Freude, wie ihn Amerika vielleicht nur am Wessonsfestsandstage erlebt hat. Wie ein Sturm überlief es sich von der wartenden Menge, die durch etwas unglücklicher launische Wetterveränderungen aus England der Beobachtung der letzten Flugstunde Lindberghs beraubt entgegenlag. Mit einem Schlage glich New York einem Tollhaus der Freude: Straßen hielten im Hafen, Flugzeuge und der Luftschiff „Los Angeles“ überflogen die City; in allen Fenstern erschien das Bild des vergötterten Lindbergh. Zeitungsleser durchdrangen mit Strahlgläsern die Straßen und auf allen Lippen lag nur ein Name: „Lindbergh.“

Daß alle Amerikaner im Sinn des Mannes flugs standen, spricht aus der Tatsache, daß die Zeitungen New Yorks zehntausende von telefonischen Anrufen erhielten, in denen jedoch sämtlich ein gewisser Unterton der Angst um das Schicksal Lindberghs zu erkennen war. Der Geist Rungers und Gollis schwebte über New York. Der glückliche Mutter Lindberghs wurden begeisterte Ovationen gebracht, und sie war das Ziel zahlloser Glückwunschtelegramme.

Wie verlautet, will sich der Vorgesetzte der Verbundmehrheit nach dem glücklichen Gelingen des Fluges Lindberghs für seinen Transatlantikflug belohnen, daß sein Flug, für den er eine Belohnung von drei bis vier Personen vorgesehen hat, vornehmlich dem sportlichen und dem wissenschaftlichen Interesse dienen sollte. Das Unternehmen Chamberlains werde unter der Aufsicht der Vorgesetzten nach endgültig ausgegeben werden.

Paris feiert Lindbergh.

— Paris, 22. Mai. Als in Cherbourg die Nachricht von der Landung Lindberghs an der Westküste Frankreichs eintraf, wurden die Beobachtungsstationen nachdrücklich von der französischen Flotte bis Paris wurde der schnelle Flieger durch die Richtungssignale der französischen Luftfahrtsicherungsmittel geleitet. Bei Anbruch der Dunkelheit spielten sämtliche Leuchttürme auf der Fluglinie nach Paris, um ihm die Orientierung zu erleichtern. Auf dem Mont Valerien war seit den frühen Abendstunden der Lichtfächer Scheinwerfer der Welt in Tätigkeit.

Das Interesse der Pariser Bevölkerung für die Ankunft Lindberghs war ungeheuer. Schon seit den frühen Nachmittagsstunden war das Flugfeld von einer unüberschaubaren Menschenmenge umfäumt. Von der achten Abendstunde an wurde das Flugfeld und die Sicherheitsaufstellung verstärkt, um Zwischenfälle zu vermeiden. Strahlengestaltung und Omnibuslinien legten verstärkten Verkehr ein, um den Ansturm der Massen nach Le Bourget bewältigen zu können.

Die Landung Lindberghs löste unbeschreiblichen Jubel der vielzähligen Zuschauer aus. Der Flieger machte, obwohl er 33½ Stunden in der Luft gewesen war, einen durchaus ruhigen Eindruck. Er wurde zunächst von dem Pariser Polizeichef der Vereinten Staaten, Herrick, begrüßt, der ihm zu dem Gelingen seines tollkühnen Unternehmens den herzlichsten Glückwunsch aussprach. Die militärische und politische Abfertigung des Fluges, welches hielt dem Ansturm der begeisterten und immer wieder in Schreien ausbrechenden Menschenmenge nicht stand; im Augenblick war die Gruppe der Flieger und offiziellen Persönlichkeiten von einer dichten Mauer umgeben. Besonders zahlreich war bei dem Empfang des Fliegers auch das hohe Militär vertreten. Außerdem waren der Direktor des Zivilflugwesens, Fontana, und der Direktor des Flughafens Le Bourget anwesend.

Schon lange vor dem Aben des Flugzeuges war der Landungsplatz durch Scheinwerfer und Magnesium-Raketen tagelang beleuchtet. Glückwunschtelegramme in ungeheurer Zahl sind bereits eingetroffen. Zu Ehren des Fliegers fand sofort ein kurzer Empfang in einer festlich geschmückten Flugbahn statt. Als bald nach dem glücklichen Landung flugs Flugzeuge aufwachten nach den verschiedensten Richtungen aus, insbesondere nach London, wohin photographische Aufnahmen von der Landung Lindberghs zur drahtlosen Übermittlung nach den Vereinigten Staaten gebracht wurden.

× Paris, 22. Mai. Ueber die Landung des amerikanischen Fliegers Lindbergh auf dem Flugplatz Le Bourget meldet die Agentur Havas u. a.: Im Augen-

blick der Landung durchdrang die auf 100 000 Personen geschätzte Menge die Vollstreckung und ludte nach dem Zeit des Flugplatzes zu gelangen, wo das Flugzeug niedergegangen war. Lindbergh wurde aus dem Flugzeug gehoben und im Triumph in eines der Verwaltungsgelände getragen. Er erklärte, er habe den Wunsch, der Mutter des vermissten französischen Ozeanfliegers Rungers einen Besuch abzustatten. Lindbergh war übermüdet und ein amerikanischer Arzt brachte ihn umbeachtet in einem Auto nach Paris. Nach dem Reisewort Heralds brachte Lindbergh seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß es ihm gelungen ist, in so kurzer Zeit den Ozean zu überfliegen. Er hätte noch 5000 oder 10 000 Meilen weiter fliegen können. Ein einziges mal habe er in der Nacht die Lichter eines Schiffes auf hoher See gesehen. Am Tage habe er kein Schiff bemerkt.

Der Vertreter der Telegraphen-Union, der der Ankunft Lindberghs beizuwohnte, gibt folgende Schilderungen der letzten Ereignisse: Kurz nach 9 Uhr trafen wir auf dem Flugplatz in Le Bourget ein und begaben uns auf das Flugfeld des Verwaltungsgeländes, von dem aus man eine weite Aussicht hat. Ueber uns lag der Flugplatz, hell beleuchtet von den stärksten Lichtstrahlen, umfäumt von einer hunderttausendköpfigen Menge, die uns wie ein ruheloses Meer umrandete. Atemlos Spannung herrschte. Noch lagen wir, daß Lindbergh England überflogen hatte. Doch brauchen wir nicht lange zu warten. Ploßig erklang das leise Surren eines Motors, und genau über unseren Köpfen huschte ein Schatten über den Himmel. Das Zentrum wurde lauter, und nun haben wir über dem Flugplatz ein weißes etwas gleitendes, ein kleines Flugzeug, das in wenigen Sekunden etwa einen Kilometer von uns am anderen Ende des Flugplatzes niederging. Die Menschenmenge durchdrang die Luft, die wie ein Donner über die Ebene rollte. Das war Lindbergh, wir wußten es nicht genau. Sehr lange und doch so erwartungsvolle Minuten verstrichen, bis wir die Gestalt errieten. Wir sahen die Menge wie eine gewaltige Blutflut über den Flugplatz ergießen, die schlagenden Hände rührte und die Postenreihen sprengte. Im Nu war das Flugzeug umringt, und im großen Raum des Verwaltungsgeländes wartete Amerikas Polizeichef Herrick, umgeben von den Vertretern der französischen Regierung, bis endlich, endlich die Nachricht kam, daß es Lindbergh sei. Schon hörten wir das Schreien der Menge, die näher und näher heranströmte und in ihrer Mitte Lindbergh brachte. Das ploßig erklang ein Krachen der Färsen, das Splittern von Scherben der Fenster, herein wurde Lindbergh, geküßt auf zwei Männer, mit ungeheurer Wucht geschoben. Nur mit äußerster Anstrengung gelang es den begleitenden Soldaten, der Menge den Zutritt zu verweigern. Lindbergh lag abermals auf dem Boden, sein prächtiges, himmelblaues Gewand, das die unendlichen Flügel seiner schwebenden Abkammerung trägt, war fast verdrängt. Vom blonden Haar schloß die Mütze gefallt. So stand er da, ein Anblick der Kraft und des unerschütterlichen Wagemutes, der ihn über alle Vernunft und alle Gefahren trosten ließ.

Der „Matin“ bringt noch folgende Einzelheiten über die Ankunft Lindberghs: Als der Flieger das Flugzeug verließ wurde er sofort von einer gewaltigen Menschenmenge umdrängt. In dem Gedränge kamen einige Verletzungen vor, die von der Menschenmenge getreten wurden, wenn ihn nicht zwei Soldaten im letzten Augenblick wieder aufgegriffen hätten. Die Begeisterung stürzte sich auf das Flugzeug und bearbeiteten es mit Taschenmessern, um sich ein Andenken zu verschaffen. Erst dem Eingreifen der Militärpolizei gelang es, den Apparat vor weiteren Verletzungen zu schützen.

Telegramme von der Mutter und Präsident Coolidges sind eingelaufen. Lindbergh beschäftigt, einige Tage in Paris zu bleiben, um sofort nach New York zurückzuföhren.

Lindbergh über seine Fahrt.
— Paris, 22. Mai. Gleich nach seiner Ankunft schilderte Lindbergh in kurzen Strichen seine Ueberfahrt. Das gute Wetter hätte ihn sehr begünstigt. Nur während der ersten hundert Kilometer hätte er mit Regen und Wolken zu kämpfen gehabt. Dann hätte der Himmel sich aufgelockert und wolkenlos weiter hätte ihn während seiner Fahrt begleitet. Auf der Fahrt zwischen New York und Irland hätte er kein einziges Schiff angetroffen. 80 Kilometer vor Paris hätten die Scheinwerfer von Mont Valerien ihn erreicht, so daß er ohne jede Mühe den Flugplatz von Le Bourget gefunden hätte. Während des ganzen Fluges hätte ihn die Überfahrt zu seinem Motor und auch zu dem glücklichen Gelingen nicht verlassen. So sei er auf diesem ungewöhnlichen Wege zum ersten Male in Paris eingetroffen. Er habe während der ganzen Fahrt keine Lust um Schlafen verspürt und auch von den mitgenommenen Anweigungsmitteln keinen Gebrauch gemacht.

fragen. Bedauerlich seien die Erklärungen der Parteien zu diesen Dingen. Wenn J. D. die Demokratische Partei erkläre, daß sie nicht einmal die Wiederkehr der Bestimmungen der Reichsverfassung in dem Konkordat dulden wolle, so vertrat das ein Mißverständnis und eine Unvollständigkeit gegenüber den einmütigen Wünschen des katholischen Volkes, das unter allen Umständen die in der Reichsverfassung niedergelegten Bestimmungen für die konfessionelle Schule und den Religionsunterricht geschützt wissen wolle, daß die Katholiken und das Zentrum gegenüber einer solchen Mißhandlung der Katholiken nicht zögern würden, folgendes zu handeln. Bei der Erklärung der preussischen Generalversammlung sei zu bedenken, wie die Synode so wenig Verständnis dafür gezeigt habe, daß in einem Konkordat nur Regelung rein katholischer Angelegenheiten erstrebt werde; daß auch die Kirchenpräsidenten Dr. Friedrich Veit und Dr. Karl Feilichmann das Beste ihrer evangelischen Mitbürger beim katholischen Konkordat erstrebt hätten; daß es endlich doch die evangelische Kirche gemeinam mit der katholischen die Interessen der christlichen und konfessionellen Schule zu schützen hätte.

In der Schulpolitik hat das Zentrum unentwegt seine alten Grundzüge vertreten.

Es verlangt die konfessionelle Schule, weil sie dem katholischen Bildungsideal mit ihrer Einheitslichkeit der Weltanschauung zwischen Lehrern und Schülern und der geschlossenen Kraft der Erziehungsbereitschaft entspricht. Sie verlangt eine konfessionelle Schule auch für jene Gebiete, denen bis jetzt durch Gesetzgebung und Verträge keine katholische Schule gegeben wurde. In Preußen, wo die Bevölkerung zu 60 Prozent katholisch ist, ist die konfessionelle Schule ein Bedürfnis. Der Kampf für die konfessionelle Schule und das Elternrecht dieser Eltern mußte das Zentrum allein führen, weil hier auch die Deutschnationalen in konsequenter Verfolgung. Die Staatsgewalt hat ihre Grenze an den unveräußerlichen Persönlichkeitsrechten, wozu die Gewissensfreiheit gehört; sie hat das Recht zu machen vor den natürlichen Elternrechten und -pflichten, die durch die Verfassung geschützt sind.

Die Ueberwindung der Staatsgewalt hat zu ihrem bedauerlichen Zusammenbruch geführt; als der durch den Liberalismus geforderte omnipotente Staat zertrümmert am Boden lag, hat das Zentrum vor allem sich schützend vor die von Gott gewollte Staatsgewalt gestellt und nach seinen Grundzügen auch die Staatsgewalt im demokratischen Sinne zu einer der deutschen Nationalen im Reich gestellt. Die Deutschnationalen haben die demokratischen Staat, seinen Repräsentanten und seine Symbole herabgewürdigt. Aber das tut alles nichts. Den Katholiken darf man unterstellen, als wollten sie die Staatsgewalt unterhöhlen, mögen sie im Krieg bluten für den Staat, mögen sie die furchtbaren Lasten der Beschäftigung in treuer Staatsgefinnung vorwiegend tragen, mögen sie dem Staate trotz aller Zurückhaltung eigener Interessen immer wieder ihre Männer in den Regierungsbereichen zur Verfügung stellen.

Nimmt man mit solchen Verdächtigungen des katholischen Volkstums der Volksgemeinschaft?

Wir haben die Errichtung der simultanen Akademie in Frankfurt bekämpft, weil nach unserer Auffassung vor Neubau der Hochschule weder ein Bedürfnis noch ein Recht dazu bestand. Wir haben uns dagegen für die Rektorschulen, die Privatschulen, für die Unterstützung der Kommunalen, die ihre höheren Schulen nicht mehr unterhalten können. Der Westen ist hier gegenüber dem Osten, wo die Schulen bedeutend mehr auf Staatskosten unterhalten werden, benachteiligt. Die Junglehrer finden unsere warmste Unterstützung, wir treten ein für die Studienassessoren. Gerade jene Vorkämpfer, die praktische Abhilfe der Not bringen können, kommen von uns.

Aus der allgemeinen Kulturpolitik übertrug die Deutschnationalen das Eigentumsrecht, seinen Bezug und seine Pflichten gegenüber dem Volkswort. Wir haben zu den Persönlichkeitsrechten durch Schutz der Arbeiter in der Industrie und Wirtschaft. Die Frage des Geburtenrückgangs ist Lebensfrage des deutschen Volkes. Die Lösung der stillen Kraft des Volkes ist nicht weniger wichtig als die

Abschaffung des Wohnungswesens. Wir wünschen die Segnungen gesunder und ausdehnender Wohnungen auch durch das Städtebaugesetz. Eherauntungsstellen müssen vorsichtig eingerichtet werden und rechtliche Berücksichtigung im Volke gebracht werden. Eine hochstehende Kunst soll unser Volk bereichern. Der Wohnvolksbau verdient unsere Unterstützung. Das Zentrum darf die materiellen Fragen niemals den großen kulturellen politischen Fragen vorantstellen. Auch hier gilt es, den Traditionen der Partei treu zu bleiben. (Sehr lebhaft.)

In der Diskussion sprach zunächst

Reichstagsabg. Dr. Schreiber,

der erklärte, die Kulturpolitik ist das Zentrum anhängen nicht nur Parteiprogramm, sondern Herz und Blut. Wir verlangen das Konkordat, weil wir wünschen, daß in unserer deutschen Kultur die Kirche als große kulturhistorische Kraft mit großer Freiheit zu wirken und zu schaffen vermag. Das Zentrum, so betont Rebner weiter, ist gewillt, reichlich auszusparen, was der Kirche an Freiheiten und Rechten in der Reichsverfassung zusteht.

Wir werden gewisse Bindungen einer Koalition achten, aber wir werden frei aussprechen, daß der Reichsminister des Reichs nicht von dem Parteiführer unterdrückt werde. Er muß ein freies Verstandnis für die Unmöglichkeit der Kultur aufweisen. Zum Konkordat bemerkt der Rebner: Der Staat ist nicht bloß Macht, sondern auch stillendes Liebesverhältnis. Auch ein Konkordat wird zu einem großen kulturellen Anknüpfungspunkt, das auch außerhalb unseres Reiches bedeutsam erscheinen kann. Wir sind denjenigen, die an die Rechte der Persönlichkeit, der Familie, der Wissenschaft und der Kirche zu appellieren haben. Das Zentrum hat in der Kulturpolitik eine große Aufgabe zu erfüllen, weil die Kulturpolitik der nächsten Jahre eminent sozial sein wird. Wir vom Zentrum sind auch in erster Linie berufen, um der Auslandsdeutschen anzuschreiben und über die Randesgrenzen hinaus das Band der großen Kulturgemeinschaft zu schlingen. (Beifall.)

Abg. Rheinländer

wies darauf hin, daß nach mehr als der Reichstag der preussische Landtag in Kulturfragen zu arbeiten habe. In seinen Kultur- und Schulfragen werde das Zentrum im Reichstag und im Landtag einig zusammenarbeiten. Heute habe leider ein großer Teil der deutschen Volksterritorien überhaupt keine religiöse Gesinnung mehr. Die Gegner des Christentums wollten jetzt mit allen Mitteln die christliche Schule beseitigen. In ein Schulmonopol des Staates, wie es die Deutsche Volkspartei fordert, können wir niemals einwilligen. Auf die Deutschnationalen ist kein Verlaß, wie wir jetzt aus Schreibern hören. Das Zentrum wird daher noch härtere Kämpfe zu bestehen haben. Die Kultuspolitik, die allmählich Platz gegriffen hat, muß von uns bekämpft werden. In Verhandlungen kann man heute hören, daß doch ein vernünftiges Reichsschulgesetz nicht ferlaggebracht werden könne. Sie dürfen versichert sein, daß wir alles getan haben, damit in den maßgebenden Stellen jedermann weiß, was wir in dem Gelehrtenrat stehen haben wollen. Wenn wir aber von vornherein die Spitze ins Korn werfen, dann ist der Kampf verloren.

Pfarrer Kabele (Pommern)

behaupet die Unparteilichkeit auf dem Gebiete der Schule in der Diakonie in der Nordmark. Viele Bekannte von katholischen Kindern hätten dort keine katholische Schule. 8000 Kinder seien folgendermaßen religiös unterrichtet. Da müsse das Zentrum für Forderung tatkräftig eintreten.

Abg. Dr. Linneborn

teilt hierzu mit, daß in Preußen 54 000 katholische Schüler evangelische Schulen; aber nur 12 000 evangelische Schüler katholische Schulen besuchen. Das kommt daher, daß die katholischen Gemeinden viel mehr Parität gegenüber den evangelischen Schülern haben als umgekehrt. Ueberall sollten möglichst katholische Junglehrer hingestellt werden.

Frau Landtagsabgeordnete Stoffels

wünscht grundsätzliche Einführung der Religionsunterrichts in den Berufsschulen.

Domkapitular Surmann (Münster)

unterstreicht die Forderung der Vorrede. Er betont die große Bedeutung der Zentrumspartei für das katholische Volk. Leider habe die Vertiefung im Volk nachgelassen. Daher habe das Zentrum eine hohe Mission. Es müsse die Zeit wiederherstellen, wo Zentrum, Katholiken und Volkswort ein und dasselbe Volk sich bediene. (Beifall, sehr lebhaft.)

Darauf verlas die Vorsitzende Dr. Borck die Verhandlungen auf den heutigen Sonntag.

Der zweite Tag.

△ Berlin, 22. Mai.

Am heutigen zweiten Tage des preussischen Zentrumsparteitages sprach nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden als erster Rebner

Abgeordneter Dr. Schmiedding über die Finanzlage Preußens.

Ich werde, so führte er aus, an der Hand des Haushaltsplanes für 1927 zu schmerzlichen Füssen, wie sich zur Zeit die Einnahmen und Ausgaben des Staates zueinander verhalten. Dieser Plan stellt eine Budgetausgabe von rund 3,4 Milliarden vor. Ersparnisse daran haben sich als unmöglich erwiesen; im Gegenteil,

Rheider B.

Reichstagsabg. Dr. Schmiedding über die Finanzlage Preußens. (Sehr lebhaft.)

Nummer 1

Die Land

Schwerin, 22. Mai. (Sehr lebhaft.)

Sozialdemokraten Demokraten Kommunisten Deutschnationalen Deutsche Volkspartei Nationalsozialisten Volksliste Wirtschaftspartei Volksbewegung

son 75 v. H. nach der Verteilung der Stimmen

Sozialdemokraten Demokraten Kommunisten Deutschnationalen Deutsche Volkspartei Nationalsozialisten Volksliste Wirtschaftspartei Volksbewegung

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Das Ergebnis Mecklenburg-Schwerin, wie die Parteien laut hat, es sich die Deutschnationalen nicht gewinnen konnten. Die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.

Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei (2) im Jahr (1) zuzufallen. Die eig verloren.